

"Frankreichs Initiative" in Le Figaro (11. Mai 1950)

Legende: Am 11. Mai 1950 befasst Raymond Aron sich in der französischen Tageszeitung Le Figaro mit der wirtschaftlichen und politischen Tragweite der geplanten Zusammenlegung der europäischen Kohle- und Stahlerzeugung.

Quelle: Le Figaro. dir. de publ. BRISSON, Pierre. 11.05.1950, n° 1763; 124e année. Paris: Le Figaro. "L'initiative française", auteur:Aron, Raymond , p. 1; 10.

Urheberrecht: (c) Übersetzung CVCE.EU by UNI.LU
Sämtliche Rechte auf Nachdruck, öffentliche Verbreitung, Anpassung (Stoffrechte), Vertrieb oder Weiterverbreitung über Internet, interne Netzwerke oder sonstige Medien für alle Länder strikt vorbehalten. Bitte beachten Sie den rechtlichen Hinweis und die Nutzungsbedingungen der Website.

URL: http://www.cvce.eu/obj/frankreichs_initiative_in_le_figaro_11_mai_1950-de-0e821d99-5b7e-4b47-a3d9-3dc927e5f53e.html



Publication date: 06/07/2016

Frankreichs Initiative

von Raymond Aron

Vor wenigen Wochen hatte Kanzler Adenauer über eine amerikanische Agentur den Aufsehen erregenden Vorschlag gemacht, eine deutsch-französische Union zu gründen. Die französische Presse und der Sprecher des Außenministeriums am Quai d'Orsay kritisierten fast einstimmig diese „Diplomatie der Interviews“. Warum wende Deutschland sich nicht an die Hohe Kommission, wenn es der Regierung in Paris Mitteilungen zu machen habe?

Einige werden sagen, der Stil, in dem Robert Schuman vorgestern seinen Vorschlag unterbreitete, ähnelt dem des deutschen Kanzlers. Die englische Regierung wurde erst am selben Tag informiert. Die Öffentlichkeit hat bereits genug von spektakulären Initiativen, die ihrer Erfahrung nach zu nichts führen, und reagiert skeptisch. Soll die Zusammenlegung der deutsch-französischen Schwerindustrien genau wie die europäischen Institutionen oder der Nordatlantikrat für den Frieden die Untätigkeit nur verbal verschleiern? Oder gibt die „Diplomatie der Interviews“ im Gegenteil endlich einmal Hoffnung auf wirksame Maßnahmen?

Die wirtschaftliche Bedeutung

Die Vorstellung von einer supranationalen Kontrolle der Schwerindustrien Westeuropas ist nicht neu. Sie zieht sich seit Jahren durch alle Programme und Resolutionen von Ausschüssen und Kongressen für ein vereintes Europa. Verhindert wurde sie durch den Widerstand der französischen Regierung, die nicht zustimmen wollte, die französische Industrie derselben Kontrolle zu unterstellen wie die Schwerindustrie des Ruhrgebietes; auch die britische Regierung steht solch groß angelegten und wenig präzisen Projekten stets skeptisch gegenüber.

Formal gesehen könnte man die von der französischen Regierung vorgesehene internationale Behörde mit Kartellen vergleichen. Derzeit gehört es zwar zum guten Ton, diese Kartelle zu verurteilen; ungeachtet ihrer negativen Begleiterscheinungen entsprachen sie jedoch gewissen Bedürfnissen der europäischen Wirtschaft. Es ist ziemlich egal, ob die Organisation eines Industriezweiges, die gleichzeitig berufsständisch und staatlich ist, die Bezeichnung Kartell verdient oder nicht. Die wahre Frage ist eine andere. Welche Ziele würde diese Organisation verfolgen? Den offiziellen Texten nach zu urteilen, unterscheiden sich in diesem Punkt die Absichten unbestreitbar von den Praktiken klassischer Kartelle.

Es geht in der Tat darum, schrittweise die Unterschiede zwischen den Preisen zu reduzieren, die die französischen und die deutschen Verbraucher für Kohle und Stahl bezahlen müssen. Vorübergehend würde man auf Mittel des Finanzausgleichs zurückgreifen; das Ziel sind jedoch Bedingungen, in denen es einen Wettbewerb zwischen Unternehmen der weiterverarbeitenden Industrie geben kann, weil die Kosten für die Grunderzeugnisse die gleichen sind. Anders gesagt, anstatt durch Preisdifferenzierung für deutsche und französische Kohle und Stahl die Binnenmärkte für die nationalen Unternehmen freizuhalten, könnte man den Widerstand der Unternehmer gegen die Liberalisierung des Handels überwinden, indem man ihr Argument entkräftet, mit dem sie ihren Widerstand begründen. Ziel wäre die Bildung eines großen Marktes und nicht die Aufteilung von geschlossenen Märkten.

Die Sozialisten werden wahrscheinlich Einwände in Bezug auf das Führungspersonal und die Beziehungen zwischen Unternehmern und Vertretern der Staaten sowie auf die Eigentumsverhältnisse erheben. Meiner Meinung nach wurde gut daran getan, die Eigentumsfrage als zweitrangig zurückzustellen. Ob Zehntausende von Personen nun Aktien von Kohlebergwerken oder der Eisen- und Stahlindustrie des Ruhrgebietes besitzen, ändert nicht im Geringsten etwas an den tatsächlichen Machtverhältnissen. Letztendlich werden die Geschäftsführer, die sogenannten Direktoren oder Manager, die tatsächliche Macht haben, egal, wie die Eigentumsverhältnisse aussehen werden. Um die Zweifel der Sozialisten zu zerstreuen, ist es wichtig, für die Führungsriege sowohl Direktoren aus der Privatwirtschaft (die meistens keine Kapitalisten oder Eigentümer sind) als auch von den Regierungen ernannte Direktoren zu finden.

Es könnten ebenfalls Gewerkschaftsvertreter Zutritt zu den Beratungs- oder Kontrollausschüssen erhalten.

Das Unterfangen wird nur Erfolg haben, wenn es von der Öffentlichkeit unterstützt wird. Es wäre beklagenswert, wenn die Sozialisten in Deutschland und in Frankreich zögerten, sich zu beteiligen. Der „nationale Sozialismus“ – auch à la Labour – wäre nicht ideal.

Die politische Bedeutung

Der Vorschlag Frankreichs ist zunächst vor allem von politischer Bedeutung. Er kommt einem Bruch mit der Deutschlandpolitik gleich, die das Außenministerium seit Jahren hartnäckig verfolgt hat.

Er beinhaltet in der Tat – ob unseren Regierungen dies bewusst ist oder nicht – das Ende der Verbote oder autoritären Beschränkungen der deutschen Produktion sowie der einseitigen Kontrolle des Ruhrgebiets. Immer wieder haben wir betont, dass das Verbot, Frachtschiffe, synthetisches Erdöl oder Stahl (über eine bestimmte Höchstmenge hinaus) frei zu produzieren, gegen die Natur der Dinge verstößt und durch eine nicht aufzuhaltende Entwicklung überkommen werden würde. Die internationale Ruhrbehörde war trotz der von der Kommission für auswärtige Angelegenheiten des Parlaments eingereichten Anträge eine Totgeburt. Sie stieß auf die Gleichgültigkeit unserer Partner und die mangelnde Kooperationsbereitschaft der Deutschen. Mit dem Ende der Mangellage besteht keine Gefahr mehr, dass nicht ausreichend Koks für den Export bestimmt wird. Solange die anderen Länder Europas ebenfalls den doppelten Preis anwenden, kann die internationale Aufsichtsbehörde in dieser Angelegenheit nichts ausrichten.

Entweder bedeutet der Vorschlag Frankreichs gar nichts, oder er bedeutet, dass der Quai d'Orsay endlich einmal mit seiner Tradition bricht und den anderen vorangeht, nicht über unhaltbare Positionen streitet und beabsichtigt, mit den Deutschen über einen Status zu verhandeln, der für alle Beteiligten akzeptabel ist und demzufolge aller Voraussicht nach von Dauer sein kann. Anstatt Vorkehrungen gegen die Gefahren von gestern zu treffen, schaut man nach vorne. In den kommenden zwölf Monaten wird Westdeutschland seine Souveränität schrittweise zurückerlangen, die militärische Besatzung wird zwar weiter bestehen, aber die Hohen Kommissare werden Botschafter. Es ist also an der Zeit, die Grundlagen für eine wirkliche Zusammenarbeit zwischen den beiden Ländern zu schaffen.

Die Schwerindustrien der Benelux-Länder werden sich dem deutsch-französischen Zusammenschluss wahrscheinlich bereitwillig anschließen. Die Teilnahme der britischen Industrie ist sehr viel unwahrscheinlicher. Alle Argumente, die die Zurückhaltung der britischen Regierung im Rahmen der OEEC zur Folge haben, egal ob sie den Standpunkt der Labour-Partei oder allgemein britische Interessen anführen, schwächen das französische Vorhaben. Die Art und Weise, wie sie kurz vor der Konferenz von London vorgetragen wurden, trägt nicht dazu bei, die, wenn auch höflich unterdrückte, schlechte Laune unserer Partner im Brüsseler Pakt aufzuheitern.

Ein Zusammenschluss der deutsch-französischen Schwerindustrien könnte der Ausgangspunkt für einen sofortigen Wandel in der europäischen Politik sein, und für einen langfristigen Wandel der europäischen Wirtschaft. Die technischen Schwierigkeiten, die doppelte Gefahr einer Verstaatlichung und privater Koalitionen liegen auf der Hand. Nach dem Scheitern der OEEC und des Europarates sollte man sich bemühen, in einem begrenzten Wirtschaftszweig die Bedingungen für eine wirtschaftliche Integration zu schaffen.

Selbst der pompöse diplomatische Stil, der unseren Partnern in mancher Hinsicht nicht gefällt, könnte gerechtfertigt sein, wenn man ihn als eine Art Verpflichtung interpretieren würde. Die Verpflichtung, ein Schlagwort endlich ernst zu nehmen, das bisher zu oft wiederholt, aber nicht ausreichend umgesetzt wurde: nämlich die Versöhnung zwischen Deutschland und Frankreich, um die Basis für ein vereintes Europa zu schaffen.

Raymond ARON